

Erstausgabe
ersch. mit Illustration
der Sam- und Beilage.

Abonnementpreis
monatlich 60 Pfg.
vierteljährlich 1.80 Mk.
jährlich 6.00 Mk.
Durch die Post bezogen
1.00 Mk. incl. Postgebühren.

Die Neue Welt
(Abendblattausgabe)
durch die Post bezogen
bes. kostet monatlich 10 Pfg.
vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047.
Verlagsamt-Adresse:
Postfach 1047.
Halle a. S.

Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Naumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühren
betragen für die 50 Spalten
Politik oder deren Raum
30 Pfennig,
für sonstige Anzeigen
25 Pfennig.
Im redaktionellen Sinne
kann die Zeile 75 Pfennig.

Interate
für die 50 Spalten
müssen für den 1. April
ausgegeben sein.
Anzeigen in die
Postzeitungliste.

Revolutionäre Epoche.

In dem Zeitraum von 1789 bis 1870 folgt eine Revolution oder doch wenigstens politische Wadveränderung der anderen. Das veranlaßt Engels, 1885 von einer „Periode der europäischen Revolution“ zu reden, die im 19. Jahrhundert 15 bis 18 Jahre währt. (1815, 1830, 1848-52, 1870.) Es kann also von dieser Zeit als von einem Zeitalter der Revolution gesprochen werden. Kaum gibt es in seiner kürzlichen Geschichte und an dieser Stelle bereits besprochenen „Krisen“ der — wie wir meinen gut begründeten — „Krisen“ Ausdruck, daß ein neues Zeitalter der Revolution angebrochen ist.

Er beweist darauf, wie durch die wachsenden, aber ununterbrochen fortgesetzten Kämpfe zu Wasser und zu Lande die Kriegesgefahr — anstatt vermindert — geradezu gefördert wird. „Jeder Regierung werden die fortgesetzten, sich überstärkenden Kämpfe immer unerträglich, aber keine der herrschenden Klassen sucht die Schuld daran in der Welt, die sie treiben. Sie dürfen sie dort nicht sehen, weil dort die letzte Zukunft des Kapitalismus liegt. So sucht jeder die Schuld nur beim anderen, die Deutschen bei den Engländern, die Engländer bei den Deutschen. Alle werden dadurch nervöser und argwöhnischer, was aber nur eine Veranschölichung, die Kämpfe mit vermehrter Hast fortzuführen, bis es schließlich heißt: Wieder ein Ende mit Schreden, als ein Schreden ohne Ende.“

Schon längst hätte diese Situation zum Kriege geführt, als der einzigen Alternative neben der Revolution, aus diesem toten Zustand gegenseitiger Genausschraubung der Staats-leisten herauszukommen, wenn nicht eben diese Alternative der Revolution hätte vorgezogen. Es ist die beständige Kraft des Imperialismus, die seit drei Jahrzehnten jeden europäischen Krieg verbindet, die auch jetzt jede Regierung vor einem solchen zurückzuführen läßt. Aber die Mächte treiben einen Zustand entgegen, in dem schließlich die Gewehre von selbst losgehen.

In der gleichen Richtung wirkt eine andere Erscheinung, die mehr noch als das Beträtseln berufen ist, die Weltpolitik als ad absurdum zu führen, und damit der bestehenden Produktionsweise ihre letzte Entwicklungsmöglichkeit abzusprechen.

Was ist das für eine Erscheinung, die so wirkt? Es ist die Tatsache, daß die kapitalistische Produktionsweise in den Ländern des Ostens ihren Eingang hielt und dort die überkommenen wirtschaftlichen Verhältnisse rasch über den Haufen warf. Damit wurde aber auch die Fortsetzung der alten Denkwelt im Orient unmöglich. Mit der neuen, aus Europa stammenden Produktionsweise entwickelten sich plötzlich die geistigen Fähigkeiten der bis dahin barbarischen Völker zu europäischen Höhe. Jedoch ermetete der neue Geist nicht Liebe zu Europa. Die neuen Länder wurden zu Konkurrenten der alten. Konkurrenz sind aber Feinde. Das Erleben des europäischen Geistes in den Ländern des Ostens machte diese nicht zu Freunden, sondern nur zu ebenbürtigen Feinden Europas. Das trat nicht sofort zutage. Kaum hat vorher gezeigt, welche Rolle das Kapital in der Welt im gesellschaftlichen Leben spielt, und wie lange eine neuformende Klasse oder Nation in dienender Stellung bleiben kann, die schon die Kraft zur Selbständigkeit besitzt, sich aber noch nicht deren bewußt geworden ist. Das zeigte sich auch jetzt. Die Völker des Ostens waren zu oft von den Europäern besetzt worden, als daß sie nicht jeden Widerstand gegen diese für vergeblich gehalten hätten. Die Europäer waren der gleichen Ansicht. Darum beruhte ihre Kolonialpolitik, bei der sie über die fremden Völker verfügten, sie verstaatlichten und verhandeln, als wären es Städte Römer.

Aber sobald die Japaner das Eis gebrochen hatten, wickelte das sofort auf den ganzen Orient zurück. Ganz Asien eroberte sich die ganze mohammedanische Welt ebenso für sich selbständigen Politik, zum Widerstand gegen jegliche Herrschaft von außen. Damit trat der Imperialismus zum Stillstand gebracht. Er kann nicht mehr recht vom Spiel. Und doch muß er stetig weiter ausgedehnt und ausgedehnt, weil seine Ausdehnung nicht völlig unerträglich werden.

Überall in Asien und Afrika verbreitet sich der Geist der Rebellion, verbreitet sich aber auch der Gebrauch europäischer Bewaffnung, wofür der Widerstand gegen die europäische Ausbeutung. Man kann nicht in ein Land die kapitalistische Ausbeutung verpflanzen, ohne auch den Samen der Aufsehnung gegen die Ausbeutung dort zu säen.

Zunächst äußert sich das in einer steten Erschöpfung der Kolonialpolitik, in einem Wanken ihrer Kräfte. Unsere Kolonialpolitik: töwen und wachen ihrer Kräfte. Unsere Kolonialpolitik: töwen und wachen ihrer Kräfte. Unsere Kolonialpolitik: töwen und wachen ihrer Kräfte.

des fremden Joches führt. Am nächsten dazu sind die britischen Besitzungen in Ostindien; ihr Verlust käme einem Bankrott des englischen Staates gleich.

Wir haben schon bemerkt, daß sich seit dem japanisch-russischen Kriege Ostanen und die mohammedanische Welt zur Abwehr des europäischen Kapitalismus erhoben. Sie bekämpfen damit denselben Feind, den das europäische Proletariat bekämpft. Freilich dürfen wir nicht vergessen, daß sie wohl denselben Feind bekämpfen, aber keineswegs zu demselben Zweck. Nicht um das Proletariat zum Sieg über das Kapital zu führen, sondern um den auswärtigen Kapitalismus einem inneren, nationalen entgegenzusetzen, erheben sie sich. Wir dürfen uns darüber keinen Illusionen hingeben. So wie die Chinesen aufstehen, sind die Befreier Japans die schlimmsten Sozialistenverfolger, haben sich die Jungtürken auch schon gedrängt gefühlt, gegen streifende Arbeiter einzuschreiten. Wir dürfen also den Gegnern des europäischen Kapitalismus außerhalb Europas nicht kritiklos gegenübersehen.

Indes, der europäische Kapitalismus und dessen Regierungen werden so geschwächt und es wird ein Element politischer Unruhe in die ganze Welt getragen. „Eine ähnliche Zeit steter politischer Unruhe (wie von 1789-1871) ist seit dem russisch-japanischen Krieg, seit 1905, fast den Orient eingetreten. Es sind die Völker Ostasiens und der mohammedanischen Welt, ebenso wie die Ausländer, die jetzt in eine Position eintreten, in vielen ähnlich der der westeuropäischen Bourgeoisie ums Ende des 18. und den Beginn des 19. Jahrhunderts. Nicht nur sind die Verhältnisse nicht ganz die gleichen. Schon das macht sie verschieden, daß die Welt seitdem um ein Jahrhundert älter geworden ist. Die politische Entwicklung eines Landes hängt nicht bloß von seinen eigenen sozialen Verhältnissen ab, sondern auch von den Verhältnissen der gesamten Umwelt, die auf das Land einwirkt. Die verschiedenen Massen Auslands, Japan, Indiens, Chinas, der Türken, Ägyptens usw. mögen in einem ähnlichen Verhältnis zueinander stehen, wie die Massen Frankreichs vor der großen Revolution. Aber sie werden beeinflusst durch die Erfahrungen der Massenkämpfe, die England, Frankreich, Deutschland seitdem durchgemacht haben. Andererseits ist ihr Kampf für günstige Bedingungen einer nationalen kapitalistischen Produktionsweise gleichzeitig ein Kampf gegen das ausländische Kapital und dessen Herrschaft. Ein Kampf, den die Völker Westeuropas in den revolutionären Zeitalter 1789 bis 1871 kaum zu führen hatten.“

Aber so sehr diese Verhältnisse auch dahin wirken, daß sich jetzt im Osten nicht einfach die Ereignisse wiederholen, die der Westen vor einem Jahrhundert durchgemacht, die Weltlichkeit der Situation ist doch genug, daß für den Osten nun ein revolutionäres Zeitalter ähnlicher Art beginnt, ein Zeitalter der Verwirrungen, Staatsstreichen, Insurrektionen, Revolutionen und erneuten Insurrektionen, steten Umwälzungen, das so lange dauert, bis die Bedingungen einer ruhigen Entwicklung und gesicherter nationaler Unabhängigkeit für jene Welt erreicht sind.

Dann der Weltpolitik ist aber der Orient — dieses Wort im weitesten Sinne genommen — politisch und ökonomisch so eng mit dem Abendlande verknüpft, daß die politische Unruhe des Ostens auch die des Westens nicht sich zieht. Das so mühsam erreichte politische Gleichgewicht der Staaten kommt jetzt durch unerwartete Veränderungen, auf die sie keinen Einfluss haben, ins Wanken; Probleme, deren friedliche Lösung unmöglich schien, und die man deshalb auf die lange Hand sah, wie das Verhältnis zu den Balkanländern, erheben plötzlich und heftigen ihre Forderung. Unruhe, Mißtrauen, Unsicherheit überall, die durch das Beträtseln schon gesteigerte Nervosität wird auf den Gipfel getrieben. Der Weltkrieg wird nun in bedrohliche Höhe gerückt. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte beweist aber, daß der Krieg die Revolution bedeutet, die größten politischen Wadveränderungen zur Folge hat. Im Jahre 1801 meinte Engels noch, es wäre ein großes Verhängnis, wenn ein Krieg ausbräche, der die Revolution nach sich zöge und uns ans Ruhr brächte, da dies vorzeitig geschehe. Eine Weile konnte das Proletariat durch Ausnutzung des gegebenen staatlichen Wohens noch sicherer vorwärts kommen, als durch das Risiko einer durch einen Krieg herbeigeführten Revolution.

Setzt man sich die Situation sehr geändert. Das Proletariat ist heute so erkrankt, daß es einem Kriege mit mehr Ruhe entgegensehen darf. Und es kann nicht mehr von einer politischen Revolution reden, wenn es aus dem gegebenen staatlichen Wohens so viel Kraft gezogen hat, als ihm zu entnehmen darf, wenn eine Umgestaltung dieses Wohens zu einer Bedingung seines weiteren Aufstieges geworden ist.

Das Proletariat hat den Krieg mit aller Macht, es wird alles aufgeben, seine Kriegsmitteln aufkommen zu lassen. Sollte es trotzdem zum Ausbruch eines Krieges kommen, so ist das Proletariat heute diejenige Klasse, die seinem Ausgange am unerschütterlichsten entgegensehen darf.

Es ist seit 1891 nicht nur ein Ansturm ungemein geworden, nicht nur organisierte Kämpfe, es hat auch an moralischer Ueberlegenheit ungemein gewonnen. Vor zwei Jahrzehnten stand in Deutschland der Sozialdemokratie noch das große Prestige gegenüber, das die Beherrscher des Reichs in den Kämpfen um dessen Gründung gewonnen hatten. Heute ist dies Prestige in alle Winde verblasen.

die noch eine große Idee, ein großes Ziel vertritt, die alle die Zeitkraft und Hingebung zu entfesseln vermag, die aus einem solchen Ziele entspringen.

In den Reihen der Gegner dagegen wird Kleinmut und Apathie gefaßt durch das Bewußtsein, daß Korruption und Unfähigkeit ihre Reiter bedrängen. Sie glauben nicht mehr an ihre Sache und nicht mehr an ihre Führer, die gerade jetzt in einer Situation, deren Schwierigkeiten von Tag zu Tag sich häufen, immer mehr verlangen und verlangen müssen, immer mehr ihre vollendete Nichtigkeit enthüllen.

Auch das ist kein Zufall und keine Verführung einzelner Personen, sondern in den Verhältnissen begründet.

So Kauffach. Seine Ausführungen sind besonders im Hinblick auf die Vorgänge in der Türkei interessant, die ja gleichzeitig eine Bestätigung dafür sind. Aber auch die Ereignisse in Persien, die die „Frankfurter Zeitung“ vor einigen Tagen als „wachsende Revolution“ bezeichnet, sprechen für Kauffach, der sich durch jene neueste Schrift unheimlich wieder um das Proletariat sehr verdient gemacht hat.

Abdul Hamids Ende.

In Konstantinopel geht es nicht mehr um die Krone sondern um den Stopp. Sultan Abdul Hamid hat ausgespielt, und es ist für alle seine Freunde höchste Zeit, von ihm Abschied zu nehmen; denn in wenigen Augenblicken kann er sich vielleicht schon auf einem Wege befinden, auf dem ihm selbst die Kreuzen unter seinen gekrönten und ungekrönten Würdegenossen nicht folgen möchten. Wilhelm II. hat in einer seiner berühmten Unterredungen mit französischen Freunden gesagt: „Seute geht nicht mehr zu so wie bei Euch anno 1789. Desautouche ist's gemüßigt. Da nimmt man ein feines Droschkepaar und schreibt: „Majestät, wir bitten Sie respektvoll: verabschieden Sie. „Geg. Das Volk.“ Und das genügt vollständig.“ Als Wilhelm II. so sprach, handelte es sich um die Absetzung des Schwedenkönigs in Norwegen. Ob es mit Abdul Hamid ebenso gemütlich abgeht, ist fraglich.

Der Sultan Abdul Hamid verdient kein Mitleid. Man kann ihm menschenwürdig das mildeste Schicksal gönnen, aber man kann geradezu sagen, daß er sich selbst die Strafe hat zuziehen, denn er erachtet werden konnte, langst hundertfach verdient hat. Er wird nicht schmerzlich leiden als er Kaufende seiner unglücklichen Untertanen werden ließ. Mit der Lösung des „Schmerzschicksal“ das allen islamitischen Wiedererweckungsgeistes, glaubte er die Macht der Jungtürken niederzulegen zu können, und jetzt steht dieses Recht der Wiedererweckung gegen ihn selber an. Seine ganze innere Politik drehte sich nur mehr um die Frage, wie man andre mit Eiden halten kann, ohne seinen eigenen Eid zu halten, wie man andre durch Mord einschüchtern kann, ohne selbst gemordet zu werden. Kaufende von Armeniern fand in den Unglücksjahren 1896-98 auf das Geheiß dieses Landesvaters hingemetelt, Hunderte von Reformfreunden retteten sich vor den Häshäusern des Abdul Hamid in die Verbannung. Erst vor wenigen Tagen war in einigen Zeitungen zu lesen, wie ein revolutionärer Offizier vor den Augen des „weinenden Sultans“ in angeblich milderfühlender Ausführung eines von ihm gegebenen Befehls von mehreren Soldaten ermordet wurde. Sein Weib, der Abdul Hamid aus dem Charakteristischem kennt, die unglückliche Mutter, der Sultan, von ihm gegeben haben, glaubt an diesen merkwürdigen Sultan. Denn Abdul Hamid war gewohnt, Menschen sterben zu lassen.

Das die maßgebenden Kreise Deutschlands sich nicht scheuen, die Freundschaft dieses Mannes zu suchen, könnte nur Not als ein Opfer aufgefaßt werden, das sie dem vermeintlichen Interesse Deutschlands bringen zu müssen geglaubt hatten, und wenn das Kompliment, das sie später den Jungtürken machen mußten, unvolgelesen etwas linksig ausfiel, so mußte solche unwillkürliche Komit, als der Not des Augenblicks entsprungen, eben mitgenommen werden. Aber doch unsere Konstantinopeler Offiziere noch vor zwei Tagen glauben, den Jungtürken den Gefühlsstütz befehlen und den wiederangehenden Stern des Abdul Hamid preisen zu müssen, nach einer Zeit, durch die sie sich um das Vaterland nicht gerade verdient machten. Nach am Sonntag schrieb der Herausgeber des deutsch-österreichischen „Österreichischen Lloyd“, Herr Dr. Braun, in der „Welt“, S. 17:

„In Italia la commedia! Der jungtürkische Sturz ist zu Ende. Er hat für einen solchen ungewöhnlich lang gedauert und war als Leistung in diesem Sinne recht ansehnlich. Die Geschichte wird ihm vielleicht nicht so gerecht werden, wie es den Jungtürken angenehm wäre. . . Die Jungtürken hatten alle, was zum Regieren gehört, als sie zur Macht kamen, nur eins nicht, die Hausfische: keine Armenier!“

Wie ganz anders Abdul Hamid, der Mann! Der journalistische Vertrauensmann der deutschen Hofschaff hat zum Lehrer, indem er sich seiner erinnert:

... der Tag scheint nicht ferne, da die einzige Autorität in Balken, die des Sultans, ... wieder zur Geltung kommt. Die Frage, ob dies mit oder ohne Parlament geschieht, ist von unergiebiger Wichtigkeit.

Man bemerkt in Berlin, daß es wieder einmal anders kommt, als man dachte. Nichts mehr von Abdul Hamid! Es geht bei gebührender Trommel Klang . . .

*) Carl Kauffach, der Weg zur Macht, politische Beobachtungen über das Gineinwaschen in die Revolution, Preis 50 Pfg.

Sultan denkt nicht daran (?), den Kampf aufzugeben. Seine Kraftlosigkeit (?) beweist, daß er Klarheit über die Lage besitzt und seine Dispositionen trifft. Seine vorläufige Haltung besteht in der Gerechtigkeit, in Verhandlungen einzutreten und so zu tun, als ob er die Intentionen des jungtürkischen Heeres ignorieren würde. Erst wenn alle Ströme reifen, will der Sultan es auf einen Kampf ankommen lassen in der Hoffnung, daß es vielleicht die Reifung zusammenführt. Der Chef des Generalstabs, Jagat Pascha, hatte heute eine Unterredung mit dem Minister des Heeres, Mikat Pascha. Jagat hat die feste Überzeugung, daß keine Gefahr für die Bevölkerung besteht und daß der unabänderliche Gang der nächsten Ereignisse einen ruhigen Verlauf erwarten lassen. — Die Gesellschaft Ittihad in Mekas, die die Urheberin der am letzten Unruhen zugeschrieben wird, wurde aufgelöst.

Paris, 20. April. Die Anmarscharmee ist heute nacht ihre Quartiere bei Riadane vor, so daß Konstantinopel nunmehr fast eingekreist ist. In Spartaufale treffen jetzt Militärszüge in Afrika von vier Stunden ein. Die 17. Saloniki-Jäger haben sich heute nacht ohne Schwerfächer der Patronenfabrik und Pulvermagazine von Besançon nach dem Hauptquartier vorwärts bewegt. Das Zentrum der Aktion für den Marsch ist jetzt San Stefano, von wo Offiziere bereits nach Salonika vorwärts sind. Nach Mitteilungen aus dem Hauptquartier soll ein entscheidender Schritt unternommen werden, etwa 40 000 Mann disponibel sind, was nach drei Tage war.

Konstantinopel, 20. April. Der Sultan hat (1) die Volkshüter von England und Frankreich, seine Abfertigung zu verhindern. Da diese bedauerten und auch Hilmi Pascha den Ruf des Sultans ablehnte, dürfte die Abfertigung morgen oder übermorgen vollzogen werden. Es werden Anzeichen dafür, daß der Sultan einen Flußübergang unternehmen wird, bevor die jungtürkischen Truppen die Stadt eingeschlossen haben.

Wien, 20. April. Der Minister des Sultans gibt nach den heute eingetroffenen Depeschen als unabänderlich feststehend. Die letzte Regierungshandlung Abdul Hamids war, wie gemeinhil wird, die Unterzeichnung des von Kammer und Senat angenommenen überleitungs-fähigen Bescheidens, durch das die Anzeigung des Sultans und der Herzogin von Serbien wurde. Die Unterzeichnung der Anerkennung Bulgariens wird dem Nachfolger Abdul Hamids überlassen bleiben.

Sofia, 20. April. Nach einer Depesche der „Römer Zeitung“ aus Konstantinopel wächst dort die Mißstimmung gegen den Sultan fortwährend. Das bekannte, im Feuer der Albaner erprobte Schützenbataillon geht heute in einer Stärke von 1000 Mann zu den Komitestruppen über.

Konstantinopel, 20. April. Das Befinden des Sultans ist schlecht. Letzter Tage erlitt er einen schweren Ohnmachtsanfall. Die Gerüchte, daß er einen Flußübergang plane, erhalten sich.

Saloniki, 20. April. Das Komitee beabsichtigt, sofort nach dem Einmarsch in Konstantinopel, der laut hier eingetroffener Meldung heute von St. Stefano aus erfolgen soll, dort den Lagerungsstandort zu verlinken und die Todesstrafe an den Beratern zu vollziehen.

Konstantinopel, 20. April. Noch immer herrscht Ungeachtet über die Haltung, welche die im Bosporus vor Anker liegenden Kriegsschiffe einzunehmen gedenken. Man glaubt (1) jedoch, daß sie den Sultan unterstützen werden. Die Mündungen der Schiffsgeschütze sind nach Riadane gerichtet.

Die jungtürkischen Truppen in Konstantinopel? Sofia, 21. April. Aus Konstantinopel eingetroffene Depeschen besagen, daß die jungtürkischen Truppen dort ohne Blutvergießen eingerückt sind und den Hibis umzingelt haben. Der Sultan soll auf einem russischen Dampfer geflüchtet sein. Eine Bestätigung dieser Nachricht bleibt abzuwarten.

Verhandlungen der Großmächte? London, 21. April. Hier geht das Gerücht, daß die Großmächte Verhandlungen über eine gemeinsame Flottenaktion in Klein-Asien eingeleitet haben.

Frankreich.

Der Streik in Fern. Paris, 20. April. Die Ausstandsbewegung in Fern dauert fort. Da die Bewegung revolutionären Charakter anzunehmen droht, so begab sich der Generalkonsul nach Ort und Stelle, und auch weitere Truppenstärkungen werden erwartet.

Paris, 20. April. Das Exekutivkomitee der Unabhängigen des Departements Oise hielt gestern eine Versammlung ab und nahm eine Protestbescheidigung an, worin Einspruch gegen die im Laufe des vorerzählten Tages von der Regierung und der Polizei vorgenommenen Verhaftung des Sekretärs der Tischlerarbeiter, Flapel, erhoben wurde.

Spanien.

Der Korruption beschuldigt.

Madrid, 20. April. In der Kammer zirkulierte das Gerücht, der Personalfeld des juristischen Bureaus im Marineministerium habe dem Sekretär des Bureaus der Deputiertenkammer eine Anzeige wegen Intrigue im Kante zu überreichen versucht, die sich gegen den Marineminister und seine Kollegen im Kabinett richtete und die Zuerteilung der Befehlsgewalt für den Bau des neuen Geschwaders zum Gegenstand hatte. Der Sekretär habe die Annahme der Klage schriftl. demverweigert. Darauf habe der Personalfeld sie als Brief dem Kammerpräsidenten zugehen lassen. Die Anklage des Marineminister Macias lautete auf Verletzung der Amtspflicht. Sein Strafverfolgungsantrag richtet sich gegen den Marineminister Ferrandis persönlich sowie gegen das gesamte Kabinett. Es herrscht hier eine ungeheure Erregung der öffentlichen Meinung. Die ministeriellen Kreise möchten den Schritt Macias auf Gefährdung zurückführen. Jedoch, welcher einen der höchsten Posten in der Marineführung bekleidet, erklärt, er handle lediglich als Pflichtgefühl, damit das spanische Volk nicht Hunderte von Millionen für völlig unbrauchbare Schiffe (1) opfere.

Rußland.

Grauenhafte Morden.

Wieder eine Gefängnisrevolte, die eingeleitet in Rußland fortgesetzt gepflegt. Sie wurde den Mitgliedern des Reichsrats gestellt, damit sie sich einen Begriff über das russische „Haben“ bilden können. Und sie befragt: Im Februar 1909 sahen in Rußland hinter Schloß und Riegel 181 137 Personen. Davon befanden sich 62 915 Personen in Untersuchung, 7373 waren zu mehr als einem Jahr Gefängnis verurteilt, 45 685 zu einem Jahr; in die Haftanstalten waren 20 211 verhaftet, in den Nachtgefängnissen 2 028 verhaftet, in der Verbannung leben 10 690, administrativ werden in den Gefängnissen 4790 gehalten. Die Statistik gibt nicht an, wieviel Leute ins Rußland verschickt wurden, sonst hätte man noch einen besseren Begriff von der „Verurteilung“ Rußlands.

Perlien.

Ein Verzweiflungsuftzug.

London, 20. April. Die britische Kolonie in Labrador richtete gestern ein telegraphisches Gesuch um Hilfe an den Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey. Die Lage in der Stadt ist verzweifelt, es ist unmöglich, sie zu verlassen. Es herrscht großer Mangel an Brot. Kumulte stehen in der Stadt bevor.

Parteinachrichten.

Arbeitsdränge am 1. Mai, eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Das ist der Sinn eines abendlichen Beschlusses, den der Kaiser Reichspräsident auf das Gesuch des Sozialdemokratischen Vereins in Kiel, einen Manifestzug zu genehmigen, erteilt hat.

Das glückliche Dokument lautet: Auf Grund des § 7 des Reichsverfassungsgesetzes vom 19. April 1908 wird die Genehmigung zu dem von dem Sozialdemokratischen Verein hierseits am 1. Mai dieses Jahres geplanten Umzuge versagt, weil durch denselben nach Lage der Verhältnisse eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten ist. Es wurde sich um einen Umzug mit geradezu unbegrenzter Teilnehmerzahl — der Sozialdemokratischen Verein zählt etwa 5000 Mitglieder — handeln, der mit Rücksicht auf den für denselben gewählten Tag den ausgeprochenen Zweifeln, gegen die bestehende Staats-, Gesellschafts- und Arbeitsordnung zu demonstrieren. Die Veranstaltung eines solchen Demonstrationstages, der geeignet ist, den Widerspruch der andersgesinnten Menge herauszufordern, und an dem tausendfach eine Menge Personen teilnehmen würden, welche an diesem Tage ohne Einverständnis mit ihren Arbeitgebern die Arbeit meiden und nicht nur diese, sondern auch ihre nicht fernenden Arbeitsgenossen schädigen, läßt befürchten, daß er Gelegenkeitz zu Meinungen und Ausschreitungen zwischen dem ein-

ander gegenüberstehenden Parteien und somit zu einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit geben würde.“ Die Kieler Arbeiter rufen zu einer umfassenden Arbeitsruhe am 1. Mai.

Gewerkschaftliches.

Zur Lohnbewegung der Maurer.

Die Maurergewerkschaften in Saffaulen (Rippe) haben den Meistern und dem Arbeitgeberverband einen Tarif unterbreitet, in dem sie ein Stundenlohn von 45 Pf. für ältere und 42 Pf. für jüngere Gesellen bei gleichmäßiger Arbeitszeit, sowie die üblichen Aufschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit fordern. — Nach der erhaltenen Antwort scheinen die Arbeitgeber die Sache verschleppen zu wollen; es wird deshalb ein Fernruf des Bundesrats erlassen. Sämtliche Maurergewerkschaften in Saffaulen sind in den Aufstand getreten, nachdem ihre Forderung auf Erhöhung des Minimallohns von 50 auf 56 Pf. pro Stunde und die Verkürzung der Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden abgelehnt worden ist.

Maurerstreik.

Die organisierten Maurer in Forzheim (Hoben) sind in den Streik getreten. Die Unternehmer hatten den am 31. März d. J. aus gegebenen Tarifvertrag gestündigt und verdrungen bei den Verhandlungen vor dem Einigungsamt, das von den Unternehmern angeufen war, den „Mittleramt“ durchzudrücken, der eine Reihe Verschlechterungen aufweist. Die Vertreter der Maurer stellen demgegenüber die Forderungen auf eine Lohnerhöhung von 6 Pf. pro Stunde (bisheriger Stundenlohn 34 Pf.), Arbeitsverkürzung um zwei Stunden pro Woche und wöchentliche Lohnzahlung (bisher 14tägig). Da es zu keiner Einigung kam, beschloß am Montag eine hart besetzte Mitgliederversammlung den Streik. Die Abstimmung, welche geheim vorgenommen wurde, ergab fast einstimmige Annahme.

Der Streik der Maurer und Zimmerer in Gelnhausen und Umgebung (Kreis Haun-Bezirk) dauert fort. Es ist Aussicht vorhanden, daß die Arbeitswilligen sich der Bewegung anschließen. Zugug ist nach wie vor fernzugelassen.

Ausgeprezt.

In Sanderburg (Schleswig) wurden die Dachdecker ausgeprezt, weil sie eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde und eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde gefordert hatten, ohne daß es erst zu Verhandlungen gekommen wäre.

Zementarbeiter-Streik.

In der Breitenburger und der Solinitischen Zementfabrik in Ragerdorf sind sämtliche Schlemmlager- und Pfeifenarbeiter in den Ausstand getreten, nachdem ein Teil von ihnen ausgeprezt worden war. Die Arbeiter fordern eine ganz geringe Lohnsenkung. Die Direktionen der Werke haben jede Verhandlung abgelehnt.

Kommunales.

Gewählt — aber noch nicht bestätigt.

Zum Gemeindevorstandsmittglied in Moitzing bei Altdorf wurde der Genosse Schering mit 70 gegen 9 Stimmen gewählt. Vorher war der Genosse Weber wiedermal gewählt, doch nie bestätigt worden, weil er sozialdemokratischer Agitator sein sollte. Die Sache wurde wiederholt in der Bürgerfahst besprochen und hat feinerzeit großes Aufsehen erregt. Es bleibt abzuwarten, ob Genosse Schering nunmehr die Bestätigung der Wurflichtbehörde erhalten wird.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Ueberlicht und Parteinachrichten Paul E. Ennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton, Vermischtes und Provinziales Karl Bod, für Lokales und Vermischungsberichte Ditto Neuberger, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Kufeké - Kinder-nahrung - Kranken-kost. Hervorragend bewährte Nahrung. Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörung.

Wollkleiderstoffe. Waschkleiderstoffe.

Reinwoll. Chevliots einfarbig, Bandstreifen und Chevronmuster Meter 2 ⁵⁰ 1 ⁹⁵ 1 ⁰⁵ 1 ⁴⁵ 1 ¹⁵ 95 75 Pf.	Traver-Gewebe aptares, reinwollenes Promenaden-Kleid Meter 3 ⁷⁵ 3 ⁵⁰ 3 ²⁵ 3 ⁰⁰ 2 ⁷⁵ 2 ⁵⁰	Mousseline-imit. mit und ohne Bordüre, hell u. dunkelgründig Meter 58 48 40 33 28 25 Pf.	Foullard-Kattun seidenartiger Waschstoff, dunkelgründig Meter 55 52 48 45 43 Pf.
Diagonal-Gewebe vorzügliche Qualität in nur modern. Farben Meter 2 ⁵⁰ 2 ⁰⁰ 1 ⁷⁵ 1 ⁵⁰ 1 ²⁵ 95 85 Pf.	Reinwoll. Popeline in effektvollen neuen Farbentönen Meter 3 ⁵⁰ 3 ²⁵ 3 ⁰⁰ 2 ⁷⁵ 2 ⁵⁰ 2 ⁵⁰	Woll-Mousseline prima Elässler Qual., Bordüren, Streifen usw. Meter 1 ²⁵ 1 ¹⁵ 1 ¹⁰ 95 85 70 Pf.	Zephir praktisches Gewebe, Bandstreifen, Karos usw. Meter 1 ¹⁰ 95 85 65 50 35 Pf.
Cachemire-Directoire letzte Neuheit, reinwollenes Gewebe Meter 3 ⁷⁵ 3 ⁵⁰ 3 ⁰⁰ 2 ⁹⁰ 2 ⁶⁵ 2 ³⁵	Eolienne Wolle mit Seide, neue Dessins, 110 cm breit Meter 5 ⁵⁰ 5 ⁰⁰ 4 ⁵⁰ 3 ⁷⁵ 3 ²⁵ 2 ⁸⁵	Bedruckte Ripse u. Piques Saison-Neuheit, lang- u. quergewirpte Gewebe Meter 1 ¹⁰ 98 85 78 70 Pf.	Kleiderleinen mit und ohne Bordüre, weiss und farbig Meter 1 ³⁰ 1 ¹⁵ 95 75 55 45 Pf.

Hervorragende Sommer-Neuheiten in Damen- u. Kinder-Konfektion.

Geschäftshaus J. LEWIN

Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

Wilhelm Rauchfuss' Brauereien

Halle und Gleibichenstein A.-G. zu Halle a. S.

empfehlen:

„Rauchfuss Pilsner“ „Rauchfuss Kronenbräu“

(nach Pilsener Art).

(nach Münchener Art).

Doppel-Malz-Bier-Caramel.

ff. Lichtenhainer = Gose = Weissbier.

Feinste Fruchtsaft-Limonaden.

Hochfeine, vollsaftige, pikante

Schweizer-Käse Pfd. **80 Pf.**

Feinste fette, speckige

Alpen-Limburger a Pfd. **48 Pf.**

F. H. Krause, 12 Verkaufsstellen.

Sozialdem. Verein Weissenfels.

Donnerstag, d. 22. ds., abds. 8 Uhr im Volkshaus

Mitglieder - Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Maifeier. Referent: Genosse Gohrhardt - Heiß. 2. Verschiedenes.
Zahlreichen u. pünktlichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Verband der Maler und Lackierer.

Freitag den 23. April 1909, abends 8 1/2 Uhr bei J. Streicher, Kl. Klausstraße 7

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Thiele. 2. Abrechnung vom I. Quartal. 3. Wahl zweier Beisitzer. 4. Bilanz-Angelegenheiten.
Um vollzähliges Erscheinen eruchtet
Der Vorstand.

Maler u. Lackierer, Zeitz.

Donnerstag d. 22. April ab. 8 1/2 Uhr bei Rümpe, Schützenstraße

öffentliche Versammlung

Tagesordnung: Referat über Tarifverträge und zwischen den Meisterstärk im Maler- u. Lackiergewerbe. Referent: Bezirksleiter Streino - Zeitz.
Wichtig eines jeden Beteiligten ist es, in Anbetracht der jetzt überaus wichtigen Tariffrage, pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Wahlitz bei Hohenmölsen.

Freitag, den 23. April 1909, abends 8 Uhr im Gasthof des Herrn Louis Fuchs, Wahlitz

Oeffentl. Bergarbeiter-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Die Wiederbelebung der Bergarbeiter-Forderungen im Landes-Parlament.
2. Der internationale Bergarbeiter-Kongress und Wahl eines Delegierten zu demselben.
Referent: **Friedrich Waldhecker - Bohum.**
Es ist Pflicht, daß die Versammlung gut besucht wird.
Der Einberufer.

Alle Parteischriften empfiehlt **Die Volksbuchhandl.**

Soziald. Verein Döbriß.

Sonntag den 25. April nachmittags 3 Uhr

Monats-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Maifeier.
2. Verschiedenes.
Alle Mitglieder müssen kommen, ebenso die Frauen.
Robert Hollstein, Vorsitzender.

Vorläufige Anzeig. Schwarzer Adler Naumburg.

Sonntag den 25. April

Gr. Gewerkschafts-Ball.

Partien find bei allen Kartell-Belegierten sowie beim Birt zu haben.

Künzel's Grand-Theater

(Kineumatograph).

Schützenplatz, Tschorn.

Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag

Gr. Brill. Vorstellungen.

Jeden Tag vollständig neues Programm.

Am recht zahlreichem Besuch labet die Einwohner von Stadt u. Land ein **Max Künzel.**

Die Frau, welche letzten Sonntag ein Augenropflos und eine flache Brennpfirtus aus der Weisen-Spirtete holte, wird gebeten, nochmals vorzutommen, um ein Geschenk in Empfang zu nehmen.

Stadt-Theater

in Halle a. S.

Direction: Hofrat W. Richards.
Donnerstag den 22. April 1909:
208. Abonn.-Vorst. 4. Viertel.
Kostität! Sum 8. Male: Kostität!
0 diese Leutnants.
Luftspiel in 3 Akten von Kurt Kraab.
Auf. 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Freitag den 23. April 1909:
207. Abonn.-Vorst. 3. Viertel.
Sum letzten Male:
Die lustige Witwe.
Operette in 3 Akten von Franz Lehar.

Apollo-Theater.
Heute u. folgende Tage: abends **„Der Floh im Ohr.“**
Stürmischer Lacherfolg!

An- und Verkäufe
Sportwagen, beste Fabrikate, 8-10 Uhr, b. Nr. 25. - bis 2.95 kauft man nur bei **M. Bär, Gr. Ulrichstr. 54.**
Verlangen Sie Gratis-Katalog.

Globus Putzextrakt

putzt besser als andere

Metall-Putzmittel

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaren-Magazin der **Vereinigt. Tischlermeister.**
Kleine Steinstraße 6, empfehlen ihre Fabrikate zu festen und soliden Preisen.

Zeitz.
Fahrräder, Nähmaschinen, Sprechapparate sowie alle Zubehörteile.
Grösste Auswahl. Billigste Preise.
Emil Schneider, jetzt Kalkstr. 1.
Grösste Reparatur-Werkstatt.
Makulatur verkauft die Genossenschaftsdruckerei.

Orts-Krankenkasse II, Eisleben.

Montag den 26. April abends 9 Uhr in der Bierhalle

Haupt-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Beschlußfassung zur Abnahme der Rechnung des Vorjahres.
2. Entlastung des Kassierers und der Kassenprüfer.
Der Vorstand.

Gemeinschaftliche Ortskrankenkasse Merseburg.

Freitag den 28. Mai 1909 abends 8 1/2 Uhr im „Herzog Christian“

General-Versammlung.

Einige Anträge sind gemäß § 52 des Statuts schriftlich bis zum 3. Mai cr. abends 6 Uhr an den unterzeichneten Vorsitzenden einzureichen.
Merseburg den 19. April 1909.
Der Vorstand. Paul Thiele, Vorsitzender.

Konsum-Verein Holzweissig u. Umgegend.

Donnerstag den 29. April 1909 abends 8 Uhr im Saale des Herrn Seidel („Brennische Kraus“)

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht pro I. Quartal 1909/09.
2. Eröffnung einer Verkaufsstelle in Namfin.
3. Wahl von 3 Aufsichtsratsmitgliedern.
4. Austritt aus dem Allgemeinen Verband, Beitritt zum Zentral-Verband.
5. Verkauf eines Grundstücks in Namfin.
6. Ausschluß von Mitgliedern nach § 49b des Statuts.
7. Vereinsgeschäftsliches.
8. Anträge; dieselben müssen 5 Tage vorher bei den Unterzeichneten eingereicht werden.
Der Ausschlußrat:
Friedrich Lataschko, Vorsitzender.

Metallarbeiter-Verb. Merseburg.

Sonntag, d. 25. April, von abds. 8 Uhr an

Leipziger Sänger - Abend,

abgeführt von den Alt-Leipziger-Sängern, beitretnommene Herren - Gesellschaft Leipzig, mit ganz neuem Programm.

Parten im Vorverkauf zu 30 Pf. sind zu haben: Bei den Bezirks-Kassierern, im Verband-Büro, in den Verkaufsstellen des Konsum-Vereins, im Siggaren-Geschäft S. Thomae, Delgrube, im Barbier-Geschäft von H. Paul, Neumarkt 54, und in der Kaiser Wilhelm-Galle.
An der Abendkasse: Eintrittspreis 40 Pf.

Hierauf: **BALL.**

Hierzu labet freundlichst ein **Das Vergnügungs-Komitee.**
NB.: Die Mitglieder werden gebeten, die Kontroll-Karten mitzubringen

„Schöne Aussicht“, Naumburg - Grochlitz.
Empfehlen die gebrühen Publistum von Naumburg meine neu-renovierten Lokalitäten zur gef. Benutzung.
Kalte u. warme Speisen zu jeder Tageszeit sowie div. Biere u. Weine.
Angenehmer Gartenaufenthalt.
pp. Kogelbahn.
Abt. des Abt. Albin Dix.

Zeitung zum Volksblatt.

Deutscher Reichstag.

248. Sitzung. Dienstag, den 20. April, nachmittags 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung: Petitionen.

Eine große Zahl von Petitionen werden nach dem Beschluß der Kommission definitiv erledigt. Darunter wird dem Reichsanwalt zur Erziehung überlassen eine Petition des Gemeinderats von Wanz, der auf Abtragung der dort anfalligen Wauer, Zimmerer, Bau- und Erbarbeiter bittet, daß zu allen aus Reichsmitteln gezahlten Arbeiten nur deutsche Arbeiter beschäftigt werden. Ebenso eine Petition auf Erhebung des Sozialistenschutzes der Arbeitsangehörigen. Zur Berücksichtigung überlassen wird eine Petition, welche die Aufnahme der weiblichen Angestellten in die obligatorische Krankenversicherung wünscht, sowie eine Petition, in der um Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherungspflicht auf Portiers- und Hausangestellte gebeten wird, sowie eine weitere, die die Ausdehnung der Haftpflicht der Eisenbahnen auf Sachschäden gemindert wird.

Eine Anzahl von Wählervereinigungen und Handelskammern petitionieren um Maßnahmen gegen die übermäßig große Ausfuhr deutschen Getreides. Die Kommission schlägt Uebergang zur Tagesordnung vor. Die Gemeinderäte Dresden, sowie eine Anzahl anderer Verbände petitionieren um Wiedererrichtung des Denkmals an dem Reichsanwalt zur Erziehung. Der Rat und die Stadtverordneten von Dresden, sowie eine Reihe anderer Städte petitionieren um die Verlängerung der im § 13 des Zolltarifs festgelegten Frist für Beilegung der fälligen Uebergang zur Tagesordnung. Die Kommission schlägt Uebergang zur Tagesordnung vor.

Der Präsident schlägt vor, diese drei Petitionen gemeinschaftlich zu beraten. Abg. Bögel (natl.) bittet, die drei Petitionen an erster Stelle zu beraten.

Abg. Schaepe (Soz.) bittet, die Reihenfolge einzutauschen, wie sie in der Tagesordnung steht. Nach dem Antrag Bögel würden Petitionen zurückgelegt werden, die schon liegend auf der Tagesordnung stehen, und die Petitionen von Bögel.

Der Antrag Bögel wird angenommen.

Abg. Emmel (Soz.): Als der neue Zolltarif geschaffen wurde, wollte man verhindern, daß die durch ihn schon erheblich verteuerten Lebensmittel nicht noch stärker belastet werden. Der habituelle Dittol sollte im Jahre 1910 aufgehoben sein. Jetzt wird gebeten, die Frist bis 1917 zu verlängern und die Regierungsbereiter haben sich in der Kommission dafür ausgesprochen. Die Städte haben aber gemäß was kommen wird und hatten reichlich Zeit und Gelegenheit, ihre Kommunalsteuererträge dem anzupassen. (Sehr richtig bei den Soz.) Einige haben auch schon für Ertrag geleistet. Würde nun der Dittol entfallen, so bliebe dieser Ertrag bestehen und außerdem würde der Dittol auf Lebensmittel weiter erhöht werden. Die Folge würde sein, die direkten Steuern vergrößert werden, also das Gegenteil von dem, was der § 13 des Zolltarifgesetzes wollte. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ganz abgesehen von unserem prinzipiellen Standpunkt, der alle indirekten Steuern verweist, müßten sich in diesem Falle alle bürgerlichen Parteien gegen die Verlängerung der Frist wenden. Sie hätte, über die Petition zur Tagesordnung übergehen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Bögel (natl.): Im Prinzip bin ich auch für die Aufhebung des Dittol, aber eine Reihe von Städten, namentlich in Bayern, würden in schwerer Verlegenheit kommen. Ich bitte um Ueberweisung zur Verlesung.

Die Abgeordneten Dr. Pfeiffer (Zentr.), Wagner-Saßlen und Wang (Freif. Volksp.) schließen sich dem Vorstehenden an.

Abg. Ballermann (natl.) wünscht Uebergang zur Tagesordnung über die Petition.

Rechtsfähiger Bundesratsbevollmächtigter Geheimrat Ströfener u. a. bittet, dem Wunsch der Petition nachzukommen. Die bayrischen Gemeinden konnten sich noch nicht dem Gesetz anpassen und haben hohe Schulden.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Geheimrat Fischer schießt sich in bezug auf die sächsischen Städte dem Ausführlichen an.

Abg. Dr. Heinze (natl.) tritt für die Petition ein.

Abg. Götzein (Freif. Vgg.): Die ungünstige Lage der Städte ist nicht durch die Aufhebung des Dittols verschuldet, sondern durch die Folgegesetzgebung. (Zustimmung links.) Der § 13 wurde seinerzeit mit bedrückender Mehrheit angenommen. Alles, was man für die Finanzschwäche der Städte tun will, muß man den sächsischen Dittol überhaupt nicht aufheben will. Namens der freiwirtschaftlichen Gemeinschaft bitte ich nach dem Kommissionsbeschluß um Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Werner (Antikl.): Da Herr Götzein gegen die Petition spricht, so ist sie wahrscheinlich gerechtfertigt. (Beifall.) Redner unterzieht den Antrag Bögel. (Verlesung auf 1914.)

Vizepräsident Dr. Baasche teilt mit, daß ein Antrag eingegangen ist, über den Antrag der Kommission (Uebergang zur Tagesordnung) resp. über den Antrag Bögel, namentlich abzustimmen. Die Abstimmung findet morgen statt.

Abg. Spä (Zentr.) unterzieht trotz seiner prinzipiellen Gegnererschaft den Antrag Bögel in Hinblick auf die Finanzlage namentlich der bayrischen Städte.

Rechtsfähiger Geheimrat Strug tritt für die Petition ein.

Abg. Walz-Boßdam (Soz.) tritt namens eines Teiles seiner politischen Freunde und unter dem Befehl der Zentren für den Kommissionsantrag ein. Die Kommunen haben Zeit genug gehabt, sich vorzubereiten.

Abg. Eilendbrand (Soz.): Entgegen der sonstigen Gepflogenheit beteiligen sich heute Regierungsbereiter an der Diskussion über Petitionen. Während bei den Petitionen im ganzen von Arbeitgebern haben sie gesprochen. Der Paragraf des Zolltarifs, der die Aufhebung des Dittols fordert, ist doch mit Zustimmung der verbündeten Regierungen beschlossen worden. Jetzt aber sprechen die Herren Geheimräte von der schweren Belastung der Gemeinden. Von der schweren Belastung aber, die den Arbeitern aus doppelter Versteuerung erwächst, schweigen sie. (Zustimmung links.) Die Mannheimer sächsischen Städte erheben eine Verlesung zu gewahren, wäre ein schwerer Unrecht gegen jene Gemeinden, die in isolierter Weise den Reichstagsbeschluß ausgeführt haben, was diese, zum Beispiel Weidmann, konnten, das hätten die anderen auch getan. (Sehr wahr! links.) Auch in Stuttgart haben wir schon vor dem Reichstag die Reichsteuer befreit. Die Mannheimer sächsischen Städte eine doppelte Versteuerung der arbeitenden Bevölkerung bedeuten.

Der wahre Grund des Verbandsbeschlusses gegen den § 13 ist die Angst der bestehenden Klassen vor größerer direkter Besteuerung. (Sehr. Zustimmung bei den Soz.) Die Vertreter aller Parteien haben erklärt, prinzipiell seien sie Gegner des Dittols, aber keiner will die Konsequenz aus seinem Prinzip

wahr haben. (Sehr gut bei den Soz.) Wenn der Antrag Bögel jetzt angenommen wird, so kommt im Jahre 1914 wieder der ganz ganz banale Schluß. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die heutige Debatte macht den Eindruck, als ob im Jahre 1902 sich viele Herren gelagt hätten: Streuen wir nun einmal diesen Sand aus, später werden wir die Sache schon wieder anders machen. (Sehr. Zustimmung bei den Soz.) Gerade jetzt, wo die die Verlesung des Gesetzes wieder mit 400 Millionen Mark indirekter Steuern belasten wollen, sollten Sie dem deutschen Volk dieses neue Unrecht nicht bieten, den § 13 aufzuheben. (Sehr. Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn der Reichstag in Zukunft noch einstimmig werden will, muß er den Kommissionsantrag annehmen. (Sehr. Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Bender (Zentr.): Der § 13 war von jeher ein Gewaltakt gegen die kommunale Selbständigkeit. (Sehr. Zustimmung im Zentr., Lachen links.)

Abg. Götzein (Freif. Vgg.): Die Logik des Herrn Spä nennt man gewöhnlich Verlogtheit. Zutünftig kann man aber auch Spödellogik sagen. (Beifall links.) Unruhe im Zentrum und rechts. Herr Spä hat die Prinzipienlosigkeit als leitendes Merkmal des Zentrums präpariert. (Beif. Lachen Sie vor der Bar des Freiwirtschaftlers.) Nach dem Abgeordneten Reder bedeutet der § 13 einen Bruch der Reichsverfassung. Danach hat also das Zentrum, als es für das Tarifgesetz stimmte, die Reichsverfassung gebrochen. (Sehr gut! links.) Mit Herrn Eilendbrand kann ich nur sagen: Wenn die Reichstagsversammlung beschlossen hat, daß § 13 ein Bruch der Reichsverfassung ist, dann muß er auch den Kommissionsantrag annehmen. (Sehr. Beifall links.)

Abg. Stolle (Soz.): Die Aufhebung des Identitätsnachweises im Jahre 1894 geschah mit Rücksicht auf die notleidende Landwirtschaft. Inzwischen ist sie zu einem blühenden Gewerbe geworden. Graf Schwerin hat das selbst mehrfach anerkannt. Durch die Ausbesserungen mit diesem blühenden Gewerbe eine Abnahme der Steuern, die neue Steuern mit der Lüge geknüpft werden. Als 1898 der Identitätsnachweis aufgehoben wurde, gab den Hoch die Aufhebung, Erhöhung der landwirtschaftlichen Produkte, Graf Schwerin ganz unumwunden zu. Auch der Oberpräsident Graf Stolberg erkannte die Wirkung an, und namens unserer Fraktion erklärte Herr Götzein, daß wir gegen seine Aufhebung in jeder Form sind. (Sehr. Sehr richtig! bei den Soz.)

Ich wende mich nun zu der Petition, welche die Debatte bisher allein beschäftigt hat. Sehr erstaunt war ich, daß mein verehrter Landmann, Herr Geheimrat Fischer, für die Verlängerung der Frist zur Aufhebung des Dittols eintrat. Ich habe ihn doch von 133 sächsischen Städten nur noch zwei, die Städte Dresden und Bautzen, die gerade nicht zu den armen Städten zählen. Aber man will nicht die reichen Rentiers in Dresden und Bautzen besteuern, sondern die notwendigen Mittel lieber durch indirekte Steuern, welche den Arbeitern belasten, aufbringen.

Noch ein Wort zur Stellung des Zentrums. Wenn das Zentrum ebenfalls vor allem den Arbeitgebern des reichen Mannes Arbeitern will, so kann ich darin keine so große behauptete Arbeiterfreundlichkeit nicht erkennen. (Sehr. Sehr richtig! bei den Soz.)

Sächsischer Geheimrat Fischer polemisiert gegen die Abgeordneten Stolle und Götzein und behauptet, daß er bei der Beratung von Petitionen, welche Arbeitgebern betreffen, ebensolange anwesend ist, wie bei den Arbeitern.

Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr. (Aukerdem dritte Beratung des polnischen Antrages betreffend die Freiheit des Gewerbetreibenden.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Verbandstage.

In der letzten Woche haben eine Anzahl gewerkschaftlicher Verbände ihre Generalversammlungen abgehalten. Da ja die einzelnen Mitglieder dieser Gewerkschaften durch ihr Verbandsorgan ausführlich über Verlauf und Beschlüsse der Tagungen unterrichtet werden, so verzichten wir — auch Raum mangels wegen — auf eine ausführliche Wiederabgabe der Verhandlungen und geben nur das Wichtigste wieder.

Da ist zunächst zu erwähnen:

Der Verbandstag der Staffler und Portefeisler.

Die Generalversammlung dieser Organisation tagte in Köln a. Rh. Es war der erste gemeinschaftliche Verbandstag überhaupt, da die beiden früher getrennten Organisationen kurz vorher die Vereinigung beschlossen hatten. In der Hauptsache hatte sich schon die Generalversammlung mit der Statutenberatung zu beschäftigen. Zum Sitz des Verbandes wird Berlin bestimmt.

Als Wochenbeitrag werden 50 Pf. für männliche und 25 Pf. für weibliche Mitglieder festgesetzt. Angenommen wurde ferner folgende Antrag: In allen der Verbandsstellen, in denen der Zentralvorstand für bestimmte Gruppen einen Lokalführer genehmigt hat, haben die Mitglieder dieser Gruppen diesen nach denselben Bestimmungen zu zahlen, wie die Verbandsbeiträge. Einzelmitglieder und Mitglieder der von dieser Bestimmung nicht betroffenen Gruppen können freiwillig der Lokalführer beitreten. — Mitglieder, die dauernd erwerbsunfähig werden und dem Verband mindestens drei Jahre angehören, haben einen monatlichen Beitrag von 10 Pf. zu leisten. — Sie erhalten dafür das Verbandsorgan und die Verbandsbeiträge.

An Streifenunterstützung wird gewährt: Bei einer Mitgliedsdauer von mindestens 26 Wochen für männliche verheiratete Mitglieder 15 Mark, für ledige 18 Mark, für weibliche 8 Mark pro Woche; bei einer Mitgliedsdauer von mindestens 13 Wochen betragen die Beiträge 12 und 10 Mark. Abgehören werden für Kinder Unterstützung. Bei einer Mitgliedsdauer von mindestens 13 Wochen wird für männliche Mitglieder 9, für weibliche Mitglieder 6 Mark gewährt.

Jedem Mitglied, das 52 Wochen dem Verbande angehört, kann eine Reisenerstattung gewährt werden, die pro Tag 1 Mark beträgt und als Stößhühner je nach der Dauer der Mitgliedschaft 30—60 Mark erreicht. An Mitglieder, die mindestens 26 Wochen dem Verbande angehören, kann eine Arbeitslosenunterstützung gewährt werden, die bei männlichen Kollegen 1 Mark bis 1.50 Mark pro Tag beträgt. Weitere Unterstützungen können gewährt werden bei Krankenfällen und in Todesfällen; außerdem wird bei Ueberbesetzungen zu den Kosten eine Beihilfe gewährt.

Die Gehaltsliste wird wie folgt festgesetzt: Angestellte der Zentralverwaltung 2000—3000 Mark, für den Zentralvorstand 2000—2400 Mark, in Orten mit über 100 000 Einwohnern erhalten die 100 Mark Zuschlag, in Orten mit über 50 000 Einwohnern 800 Mark. Es wird ferner bestimmt, daß die alten Vorstände bis zum 1. Juni in Tätigkeit bleiben sollen, der

Staffler der neuen Verbands soll schon am 1. Mai sein Amt antreten; der Ausschuss soll dorthin kommen, wo der Hauptvorstand seinen Sitz hat. Zum ersten Vorsitzenden wird B. L. u. zum zweiten Vorsitzenden B. ein. B. ist gewählt. Staffler wird B. als L. Reaktor B. in. t. n.

Der nächste Verbandstag soll in München abgehalten werden.

Der Verbandstag des Zentralverbands der Baugewerkschaften Arbeiter, der ebenfalls in Köln tagte, hat gleichfalls im Prinzip die Vereinigung mit dem Zentralverband der Maurer beschlossen. Die neue Vorlagen, die in dieser Frage zur Diskussion standen, wurden wieder angenommen. Eine der Vorlagen, welche die Vereinigung der beiden Verbände betrifft, setzt als Termin für den Zusammenschluß den 1. Januar 1911 fest. Beide Verbände sollen im Jahre 1910 zu gleicher Zeit nach denselben Orten einen Verbandstag einberufen, der dann über die weiteren Bedingungen zu entscheiden hat, auch formell die Statutenentwurf auszuarbeiten, der den Mitgliedern bis 1. Oktober d. J. bekannt zu geben ist. In der zweiten Vorlage sind Verbandsbeschlüsse aufgeführt, die als Grundlage für die Vereinigung dienen sollen. Zugelassen zum gemeinsamen Verband sollen nur die Gewerkschaften und Arbeitervereine sein, die für die besonderen Organisationsbedingungen der Generalversammlung der Gewerkschaften angeschlossen ist. Sektionsbildung ist zugelassen. Die Leitung sowohl des Hauptvorstands wie der Gewerkschaften soll prozentual der Mitgliedszahl auf beide Verbände verteilt werden.

Bei der Berichterstattung über den Hamburger Gewerkschafts-Langzeit entpand sich eine kurze Debatte über die Mitarbeiter. Mit einigen Ausnahmen sprachen sich fast alle Arbeiter für Beibehaltung der Mitarbeiter durch Arbeitsruhe aus. Die Unterstufungsfrage wurde allgemein als der „Mittel zum Zweck“ der Mitarbeiter bezeichnet, nur einige Redner waren anderer Ansicht.

Ein Antrag der Fabrikarbeiter, welcher die systematische Befähigung des Arbeiter in den Verfassungen vorgeschrieben, wird abgelehnt, da der Reaktor Arbeiter vor Jahren in längerer Ausführungen darauf verwies, daß es nicht Aufgabe einer gewerkschaftlichen Organisation sein könne, die Befähigung des Arbeiters als einen besonderen Zweig (1) ihrer Betreffungen hinzuzufügen.

Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

Der Verbandstag des Zentralverbands der Stukturen usw. wurde in Kassel abgehalten. Es war der siebente. Auch bei dem Stukturen spielte die Vereinigung mit dem Maurer- und Bauarbeiterverband zu einem Industrieverband eine Rolle. Grundständig sprach sich die Generalversammlung gleichfalls für die Vereinigung aus und übertrug die vorbereitenden Arbeiten dem Vorstand. Der nächst wichtigste Punkt war die Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Der Vorstand hatte die Vorlage von Nürnberg abgelehnt wieder eingebracht. Danach kann, wenn dem Verbands ununterbrochen ein Jahr angesetzt und 52 Wochenbeiträge geleistet hat, im zweiten Jahre, wenn er länger als sechs Tage hintereinander wegen Mangel an Arbeit oder ungenügender Witterung arbeitslos ist, vom siebenten Tage an auf die Dauer von 60 Tagen Unterstützung und zwar pro Tag 1.25 Mark, pro Woche 7.50 Mark erhalten. Die Beiträge werden erhöht um 85 Pf. auf 85, 95, 105 und 115 Pf. pro Woche. Die Arbeitslosigkeit soll der Wochenbeitrag 25 Pf. betragen. Mit der Annahme einer längeren Resolution erklärte sich der Verbandstag für Einführung der Erwerbslosenunterstützung; sie soll einer Unterabteilung unterbreitet und am 1. April 1910 nach der Vorlage des Hauptvorstands eingeführt werden, wenn 80 Prozent der Abstimmenden sich für dieselbe erklären.

Der Hauptvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Sitz des Verbandes bleibt Hamburg, des Ausschusses Berlin.

Der nächste Verbandstag findet in Hamburg statt.

Prozeß Molke-Harden.

Vor der Berliner Strafkammer begann Dienstag die neue Verhandlung im Molke-Harden-Prozeß. Als Zeugen sind geladen: Der beliebige Graf Runo Molke, ferner Graf Otto v. Molke, Baron v. Berger und Graf Bentelow. Vor Eintritt in die Verhandlung erhebt der Verteidiger Hardens, Dr. Bernstein-München, den Einwand der Unzulänglichkeit und Unzulässigkeit des Verfahrens, und beantragt Einstellung des Strafverfahrens. Dr. Bernstein trägt sich auf die umstrittene Auslegung des § 417 der Strafprozessordnung. Er erklärt zur Rechtfertigung seines Verlangens, daß niemand von den Prozeßparteien den Wunsch habe, die Ergebnisse der ersten Beweisaufnahme noch einmal vorzuführen. Die beiden gegnerischen Parteien hätten eine Form gefunden, die Sache in angemessener Weise zu Ende zu führen. Wäre man im ersten geschlossenen Verfahren, dann könnte man sich ein Vergleich beschließen werden. Um dieses Recht sei nicht nur der Angeklagte, sondern auch der Reklamentarier gebracht. Er habe dem Gericht die Erklärung eingereicht, daß Herr Harden die in seiner Zeitschrift, vor dem Schöffengericht und vor der Strafkammer abgegebene Erklärung, er habe den Grafen Runo Molke nicht der Homosexualität beschuldigt, wiederhole. Graf Runo Molke akzeptierte diese Erklärung. Beide Herren seien der Ueberzeugung, daß eine Beweiserhebung sich erübrige. Oberstaatsanwalt Dr. Preuß wendet sich gegen das Verlangen auf Einstellung des Verfahrens; ihm sei ja die Einstellung auch sympathisch und von der Staatsanwaltschaft werde von der Beweiserhebung abgesehen werden, wenn von dem Angeklagten und der Verteidigung die notwendig erscheinenden Erklärungen ausreichend gegeben würden. Der Vertreter des Grafen Runo Molke, Dr. Sello, ist auch der Meinung, daß die Frage der Unzulänglichkeit in nähere Erwägung zu stellen sei. Harden schießt sich seinem Verteidiger an. Nach einer längeren Polemik zwischen Staatsanwalt und den beiden Verteidigern beschließt das Gericht, den Antrag auf Einstellung auszutreten. Ruchmeier beantragt der Staatsanwalt Ausschluß der Öffentlichkeit. Bernstein ist zwar nicht dagegen, hält aber den Ausschluß für überflüssig. Das Gericht beschließt nach Beratung des intimierten Urteils, für die Dauer der ganzen Verhandlung die Öffentlichkeit auszuschließen.

Die Angelegenheiten werden nur die Kriminalkommission von Grafen und Dr. Kopp als Vertreter des Polizeivollzugs. — Es wird der von der Reichsregierung Graf Runo v. Mollath benannt; beide Parteien haben auf die übrigen Fragen verzichtet. Der Antrag des Oberstaatsanwalts Dr. Kopp gegen den Angeklagten Grafen lautete auf sechs hundert Mark Geldstrafe.

Nach dem Vizepräsidenten der Anwälte und nach zweifelhafter Beratung des Gerichtshofes verurteilte nach wieder hergestellter Öffentlichkeit um 9 Uhr abends Landgerichtsdirektor Lehmann folgendes Urteil:

Der Angeklagte Grafen wird wegen übler Nachrede auf sechs hundert Mark Geldstrafe, eventuell für je 15 Mark zu einem Tag Gefängnis verurteilt. Die Rollen des Verfahrens werden dem Angeklagten einschließlich der dem Nebenkläger ersuchten notwendigen Auslagen auferlegt. Außerdem wird dem Beschädigten, Grafen Mollath, die Publikationsbefugnis in der Zukunft auf der ersten Lesung, in der „Vollständigen Zeitung“ und in der „Freizeitzeitung“ zugesprochen. — In der Begründung wird ausgeführt: Daß das Verfahren zulässig ist und daß der Grundtat: ne bis in idem nicht verletzt ist, ist bereits betont worden. In materieller Hinsicht weist der Angeklagte nach wie vor den Vorwurf der Übligkeit zurück, daß er in den Artikeln den Grafen Mollath als einen Homosexuellen hingestellt habe. Er habe lediglich darauf hingewiesen, daß zwischen dem Fürsten Eulenburg und seinen Freunden, namentlich dem Grafen Mollath, eine normwidrige Männerfreundschaft bestand, und daß dieser Kreis, dem der Kaiser nahe stand, wegen seines unmoralischen Wesens einen unheilvollen Einfluß auf Se. Majestät ausübte. Als politischer Schriftsteller hielt er sich verpflichtet, diesen Einfluß zu brechen und zwar habe er zu diesem Zweck diese Kreise verpöndelt und auch auf die namengebenden Persönlichkeiten einzelner zu diesen Kreise gehörender Personen hingewiesen. Die mündliche Verhandlung hat aber ergeben, daß er den Grafen Runo von Mollath als einen an Betreibung des Geschlechtsverkehrs nach der männlichen Seite himmelnden Menschen hinstellte. Die Andeutungen sind zwar in verhüllter Form gemacht, aber doch so deutlich, daß auch ihnen die Bezeichnung der Nebenkläger habe sich homosexuell betätigt, herausgehoben werden mußte. Die große Öffentlichkeit hat auch die Missgerungen des Angeklagten so angefaßt, sie wurden sogar dahin verstanden, daß der Angeklagte dem Beschädigten strafbare Betätigung hat nachsagen wollen. Der Angeklagte betont nun zwar, daß von homosexueller Betätigung in den Artikeln nichts stand, nach der Überzeugung des Gerichtshofes er sei aber darüber klar sein, daß die Öffentlichkeit glaubte, ein Homosexueller ist ein solcher, der sich aktiv homosexuell betätigt. Der Angeklagte ist für diesen Erfolg verantwortlich, er hat sich der Verbreitung von Tatsachen schuldig gemacht, die den Grafen Mollath verächtlich zu machen geeignet sind. In normalen Fällen wird schon ein Mann mit homosexueller Neigung als verächtlich angesehen, vielmehr noch ein Mann, der sich homosexuell betätigt. Strafbar aber ist der Angeklagte gemäß § 186 Nr. 1, wenn die mitgeteilten Tatsachen nicht erweislich wahr sind. Die mündliche Verhandlung hat nun betreffs des Grafen Mollath ergeben, daß sie nicht wahr sind. Graf Runo v. Mollath hat eidlich behauptet, daß er nie ähnliche Neigungen zu Männern gefühlt, daß er nie homosexuell gefühlt, und sich nie homosexuell betätigt habe. Die Verhandlung ergab auch keinen Anlaß dafür, an der Richtigkeit dieser Aussagen zu zweifeln. Daß die Strafzumessung betrüßlich, so fällt die Schwere des zu Unrecht erhobenen Vorwurfs erheblich ins Gewicht, durch welche die gesellschaftliche Stellung des Beschädigten aufs erhebliche erschüttert wurde. Dagegen hat der Gerichtshof diesmal die Sache weitläufig milder angesehen, als es früher von derselben Stelle aus geschah. Ferner war davon auszugehen, daß der Angeklagte zu seiner Annahme, Fürst Eulenburg und Graf Mollath seien homosexuell, als Grundlage nur einige Versicherungen des Fürsten Bismarck über den Nebenkläger streik, die Kenntnis der Mollath'schen Eheleben seitens der geschiedenen Ehefrau und der Mutter hatte. Inzwischen aber habe der Angeklagte in dem von ihm in München angestrebten Verleumdungsprozeß Zeugen gestellt, die eidlich behaupteten, daß Fürst Eulenburg mit ihnen homosexuelle Verbindungen vorgenommen hat. Es kommt ferner hinzu, daß der Gerichtshof überzeugt ist, der Angeklagte hatte keine unaufrichtigen Motive, und es fällt schließlich erheblich ins Gewicht, daß der Nebenkläger sich mit dem Angeklagten verglichen hat und mit der Einstellung des Verfahrens einverstanden gewesen, wenn dies noch zulässig wäre. Hiernach erschien die erkannte Strafe als angemessen.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 21. April 1909.

In der politischen Welt

am Sonntag äußert sich die „Frankfurter Zeitung“ in ihrer ersten Ausgabe vom 21. April unter Halle a. S. wie folgt: „Aber ein politisches Vorgehen, das den schärfsten Widerspruch herausfordert, läßt sich die „Leipziger Volkszeitung“ von hier berichten. Es betrifft eine Auslegung des Versammlungsgesetzes, die in den gesetzlichen Bestimmungen eine Begründung nicht findet.“

Das Blatt gibt dann in gedrängter Form eine mit den tatsächlichen Gegebenheiten vollständig übereinstimmende Darstellung der Vorgänge am Sonntag und fährt hierauf fort:

„Wenn die Darstellung auftritt — und die halle'sche Polizei hat alle Ursache, sich sofort dazu zu äußern — so liegt hier ein Verhalten der Polizei vor, für das wir irgendeine Rechtfertigung nicht zu erkennen vermögen. Ganzelle es sich vornehmlich um eine Verformung unpolitischer Charakteres, so ging die Sache die Polizei überhaupt nicht an, denn um solche Versammlungen hat sie sich nicht zu kümmern; für diese besteht auch keine Beschränkung in Bezug auf jugendliche Personen. § 17 des Vereinsgesetzes verbietet nur die Anwesenheit von Personen unter 18 Jahren in öffentlichen politischen Versammlungen. War aber die Polizei im Zweifel über den Charakter der Versammlung, so konnte dieser Zweifel erst durch die Art des Vortrags gelöst werden, da das Thema doch eindeutig unpolitisch gefaßt war. Aber selbst wenn die Polizei zu der Meinung gekommen wäre, es sei doch eine politische Versammlung, so wäre sie zu ihrem Vorgehen ebenfalls nicht berechtigt gewesen. Das Vereinsgesetz sieht keinerlei Präventivmaßnahmen für solche Fälle vor, es gibt also keine Handhabe, jemand auf die geschilderte Weise an einer Straftat gegen das Vereinsgesetz zu hindern.“

„Alle solche Präventivmaßnahmen sind durch das Vereinsgesetz verboten, und sie haben auch sonst keinerlei Berechtigung. Sonst könnte ja schließlich die Polizei überall zur angeblichen Verbindung von Straftaten einschreiten. Sie könnte z. B. die Redakteure eines Blattes verhaften, um sie zu verhindern, etwas Strafbares zu schreiben, sie könnte jeden Betrieb untersuchen, um Unregelmäßigkeiten unmöglich zu machen, sie könnte jede Versammlung und jeden Verein verbieten, weil in ihm Verleumdungen gegen das Vereinsgesetz denkbar sind, und wenn sie alle Möglichkeiten in Betracht ziehen will, so müßte sie eigentlich die Einwohner des Staates von ihrer Geburt an in Gewahrsam nehmen, um sie vor Gesetzesverletzungen zu behüten. Und schließlich wäre es höchst notwendig, daß die Beschränkung der Versammlung auf sich selbst ausdehnte, damit ihr die Gelegenheit zu Liebergriffen fehle.“

„Wie wäre es, wenn sie in erster Reihe bei sich selber Eintritte und Verhöre gegen das Vereinsgesetz vermittelte? Wie widerholten: Die Polizei hat kein Recht zu Präventivmaßnahmen in der Handhabung des Vereinsgesetzes, außer den ganz bestimmt begrenzten Befugnissen der Nichtgenehmigung von Versammlungen unter freiem Himmel und der Auflösung von Versammlungen, die bestimmte äußere Voraussetzungen nicht erfüllt haben, sowie von Vereinen, deren Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft. Zuwiderhandlungen gegen § 17 fallen nicht in den Bereich der Präventivmaßnahmen, sie führen nur nach § 18 zur Strafbarkeit der Versammlungsteilnehmer. Damit sind aber alle gesetzlichen Maßnahmen erschöpft, und die Polizei hat kein Recht, darüber hinaus Vorkehrungen zu treffen und in die persönliche Freiheit einzugreifen, indem sie die Polizeiwache zu einer Art Wohnort macht.“

Was hier das große demokratische Organ schreibt, dürfte die Meinung so ziemlich aller einigermaßen vernünftigen Leute sein. Schon wir uns demgegenüber an, was die halle'sche Presse zu dem Polizeihandeln sagt. Die „halle'sche Zeitung“ vertritt folgenden Wöhrsin:

„Der freien Jugendorganisation und ihren staatsgefährlichen Untertanen mußte unges. Halle'sche Polizei am Sonntag einen herabwürdigenden Eintrag durch ihre Aktion an. Die Polizei ist eine Versammlung von Jugendlichen, in der über die Absicht der freien Jugendorganisation gesprochen werden sollte, mit Recht als eine politische an und nahm den Nebenkläger, als die Versammlung doch vor sich gehen sollte und eine Entfremdung der paar hundert Dutzend Jungen nicht möglich war, einfach in Gewahrsam. Daß die Polizei erst die Versammlung stattfinden lassen und dann mit Anweisungen vorgehen sollte, kann doch nur einer verlangen — ein Sozialdemokrat.“

Unsere Jugendblinde als „staatsgefährliche Untertäter“!

Das ist zu lächerlich, um nicht Lachen zu müssen. Wäre man nicht doch die Größe der halle'schen Zeitung, auf progreßiver Seite zu stehen, so würde man ihr notfalls können, doch die Bemerkungen in der „Frankfurter Zeitung“ maßgebend sein. Sozialdemokrat geschrieben hat. So aber ist das anders.

Der „General-Anzeiger“ bringt den „offiziellen“ Maßstab der Polizei unter der Überschrift „Ehrlieh“. Die „liberale“ Presse am Orte bringt — nicht! Ihr könnten sonst von der Polizei die Befehlsbefugnisse entzogen werden. Und das wäre freilich! Will man weitere Beweise für die Unfähigkeit der halle'schen Presse am Orte?

Der Einföhrung einer Arbeitslosenversicherung nimmt auf Grund der Vorlage des Petitionsauschusses der Stadtverordneten, welche die Überweisung der Petition des Gewerkschaftsrates an den Magistrat als Material befürwortete, auch die „Saale-Zeitung“ das Wort und bemerkt damit, daß sie von der Arbeitslosenversicherung und allem, was damit zusammenhängt, so viel versteht, wie der Esel vom Dautenstiegen. Günstig hebt das Blatt vor dem „Gewerkschaften“ System, welches in Straßburg eingeführt worden sei und hauptsächlich auch in Halle die Grundfrage einer Arbeitslosenversicherung bilden müsse. — Evident stellt sich die geschickte Reaktion der „Saale-Zeitung“ einem Mann namens Genter vor, der eine so praktische Lösung einer brennenden Frage der Gegenwart gefunden hat und darum, wie man so sagt, ein „verfluchtter Herr“ ist. Ja, soziale Praxis ist schön! Wir müssen die „Saalezeitung“ schon beklagen — und das geschieht in ihrem eigenen Interesse, denn sonst blamiert sie sich wieder — daß das fragliche System in der Stadt Genter vorgeschlagen und nachdem in zahlreichen anderen Städten des In- und Auslandes eingeführt worden ist, in Deutschland zuerst in Straßburg 1907. Das System hat also seinen Namen von einer Stadt und nicht von einer Person. Es beruht auf dem überaus praktischen Grundprinzip, den Arbeitslosenunterstützung zählenden Gewerkschaften Zuschüsse aus Gemeindefonds zu gewähren. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist das Genter System das einzige, welches Erfolg verspricht. Nur in Verbindung mit den Gewerkschaften kann die Arbeitslosenfrage gelöst werden. Die kommunale Lösung der Frage kann allerdings nur als ein Übergang zur Reichsarbeitlosenversicherung betrachtet werden. Allerdings „befürwortet“ die Regierung, daß durch Einföhrung des Genter Systems die freien „sozialistischen“ Gewerkschaften geförkert würden. Diese „Beförchtung“ wird jedenfalls auch in den städtischen Rörperschaften nach Art derer in Halle eine Rolle spielen. Immerhin ist es aber hier schon alles Mögliche, daß die Behörden sich überhaupt mit diesem Problem beschäftigen. Soffizient kommt dabei etwas für die Arbeiter heraus.

Noch ein anderes zur gefälligen Kenntnisnahme der „Saale-Zeitung“. Sie schreibt, daß das halle'sche Gewerkschaftsamt bereits eine Arbeitslosen-Versicherung habe. Das stimmt auch nicht. Nur die einzelnen Gewerkschaften, aber auch längst nicht alle, besitzen diese Versicherung. Allerdings geht in sämtlichen gewerkschaftlichen Organisationen die Strömung dahin, daß die Arbeitslosen-Versicherung unterstühtung eingeführt wird. Aber das geschieht und soll geschehen überall auf zentraler Grundlage. Das Gewerkschaftsamt als lokale Organisation zählt die Arbeitslosenversicherung selbstverständlich nicht zu seinen Aufgaben, wenigstens es eben so selbstverständlich alles Bestreben nach Ausbau dieser Unterstühtungsweises bei den einzelnen Gewerkschaften eifrig förkert und unterstüht. Würde die halle'sche Presse den Fragen, welche die Arbeiterchaft angehen, etwas mehr Beachtung schenken, so könnten ihr derartige Fehler, wie die der „Saale-Zeitung“ nicht unterlaufen. Dazzu können aber die Arbeiter erfahren, daß ihre Interessen nirgendwo anders vertreten werden, als in der Arbeiterpresse, denn diese betrachtet es als erste Aufgabe, alle Fragen zur Lösung der Arbeiterchaft zu ihren eigenen zu machen.

Eine Filiale für Streikbrecher-Bermittlung

hat, wie schon öfters, einmal wieder der halle'sche „General-Anzeiger“ aufgetan. In seiner getrieften Ausgabe befinden sich im sogenannten Arbeitsmarkt zwei größere Inserate, in denen der Anzeiger nach Berlin geschickt werden. Im ersten Inserat hat sich eine Anzahl von Schmarotzern im Kleinvergnügen Berlin unterzeichnet, im zweiten Inserat der „Anzeiger“ die halle'sche Redaktion. Berlin. Dresden, Chemnitz. Während das private Inserat nach „Mittelschicht“ 75% der Vergütung der Reiseflohen bei vierter Klasse 14 Tage nach Eintritt ausliefert, bietet der Innungsanmeldung sogar dauernde, angenehme Stüftung „bei entsprechenden Leistungen“ an.

Donnerstag den 22. April	Freitag den 23. April	Sonnabend den 24. April
------------------------------------	---------------------------------	-----------------------------------

Besonders billige Preise! Besonders billige Preise!

Drei grosse Serien-Tage

Kostüm-Röcke.

Serie I 350 Mk.	Serie II 575 Mk.	Serie III 850 Mk.	Serie IV 1275 Mk.
------------------------------	-------------------------------	--------------------------------	--------------------------------

Nur soweit Vorrat! Es kommen nur tadellose Röcke zum Verkauf. Nur soweit Vorrat!

Die Röcke sind serienweise auf Extraständern in der ersten Etage unseres Geschäftshauses ausgestellt.

Brummer & Benjamin

Grosse Ulrichstrasse 22/23.

Neuport, 20. April. In Ida (Staat Oklahoma) wurden vier weiße Viehhändler, die des Mordes angeklagt waren, gehängt.

Genidflarre. Essen a. Ruhr, 19. April. In Altsenften brach eine Genidflarrepidemie aus. Es sind weitgehende Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Konstantinopel, 21. April. Am gestrigen außerordentlichen Ministerrat erklärten die Minister, daß alle Abordnungen und Abfertigungsgerichte des Sultanats auf Befehl des Sultans sei gar keine Rede. (?) Trotzdem ist an dem Einmarsch der Mazedonier nicht zu zweifeln, da bereits zwischen deren Leitung und dem Kriegsministerium Verhandlungen schweben, in welcher Form der Einzug stattfinden soll.

Saloniki, 21. April. Mamuth Pascha, der Oberbefehlshaber der jungtürkischen Truppen, erklärte in einem Interview, daß innerhalb kürzester Zeit 50 000 Komitetruppen bei Kadem-foi konzentriert sein werden. Mamuth Pascha sprach die Überzeugung aus, daß die Wiederkehr von Zuständen, wie sie am 13. April eingetreten seien, nur verhindert werden können, wenn die Urheber des Aufstandes egyptrisch bestraft werden. Die jungtürkischen Truppen befinden sich in der Umgebung von Sander, vier Kilometer von Konstantinopel. Aufser mehreren Geschützen haben den Truppen einige Panzerautomobile zur Verfügung.

Berlin, 21. April. In 18 Versammlungen protestierte die sozialdemokratische Partei gegen die geplante Steuer-

fürdigung des Volkes. Die Versammlungen waren zum großen Teil überfüllt. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen.

Dortmund, 21. April. Der Unternehmerverband für das Baugewerbe hat beschlossen, vom Sonnabend ab sämtliche Bauarbeiter Dortmunds anzusprechen.

Frankfurt a. M., 21. April. Die organisierten Metzge haben den Christenbrüder den Bortrag genehmigt. Sie verlangen, unter Hinweis auf die weitestgehende Verteuerung der Lebensmittel, 25 bis 50 Prozent (!) Lohnsanzuhebung. Die Metzger wollten auf die Forderung der Metzge nicht eingehen, sondern haben eine Kommission zur Erlebigung dieser Sache eingesetzt. Die Metzger gehen solidarisch vor.

Paris, 21. April. Infolge der Ereignisse in Mexiko sind zwei Schwadronen Kürassiere aus Mexiko in drei Truppen vorhin geschickt. Man hegt ernste Befürchtungen über die Lage in Mexiko, noch gleichfalls Anrufen ausgebrochen sind. Es wurde der Befehl erteilt, die Jäger nach Mexiko und Alleville zurückzuführen.

Matterdal, 21. April. In der Nähe des Hofens Gemmer ging die hölzerne Jagd „De Soop“ unter. Die Insassen, acht Personen, ertranken.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Halle, Maler und Lackierer, Freitag, 23. April.
Leib. Maler und Lackierer, Donnerstag, 22. April.
Weißenfels, Gog. Verein, Donnerstag, 22. April.
Dobbrich, Gog. Verein, Sonntag, 25. April.
Wahl bei Johannissen, Bergarbeiter, Freitag, 23. April.

Eisenbahn-Christenbrüder II, Ronnen, 26. April.
Rezeburg, Gemeindefürsorge Christenbrüder, Freitag, 26. April.
Polzweibitz u. Umgegend, Konsumverein, Donnerstag, 29. April.

Wahlkreis Corgau-Liebenwerda!

Wahlkreis Corgau-Liebenwerda!
Auch in diesem Jahre werden in unserem Wahlkreis eine Anzahl Orte, wo noch keine Wahlvereine sind, den Wahlvereinigungen durch Protestanten durch die Versammlungen und Beratungen begeben. Doch ist beaurkundet, daß auch in diesem Jahre nicht eine Anzahl Orte den Beratungen durch Wahlvereinigungen begeben, wo es bei einigem guten Willen doch möglich wäre. Wir ersuchen alle Genossen und Genossinnen, dafür zu sorgen, daß ein jeder Arbeiter sich an den Veranstaltungen beteiligt. Nach den eingegangenen Berichten wird die Wahlvereinigungen in den einzelnen Orten in folgender Weise begeben: Müßberg, Annaburg und Viehla Vergügigen mit Heitricke; Corgau, Müßberg, Großhitz, Großhitz Vergügigen, in Müßberg findet nach der Versammlung am 2. Mai statt. In Großhitz findet die Versammlung am 1. u. 2. Mai Anstufung statt. Wir werden in den nächsten Tagen durch Inserate, Handzettel usw. noch alles Nähere bekannt machen, und ersuchen noch einmal die Genossen und Genossinnen, für guten Besuch zu agieren. Rüstet zum Wahlereitag, auf zum ersten Mai!

Der Zentralvorstand.
J. A. Ernst Dittler

Literarisches.
Sozialistische Monatshefte (Heft 8), redigiert von Dr. J. Bloch, (Administration Berlin W., Potsdamerstr. 121b), Preis 50 Hg.

Betten

Bettstellen
Matratzen
Gefüllte Betten:
Oberbett, Unterbett, 2 Kissen 13⁵⁰ komplett

Kinder-Bettstellen

in allen Größen,
wohl isoliert
von 7⁵⁰ an

Halle a. S., Leopold Nussbaum Gr. Ulrichstr. 60/61.

Europas bekannteste Pflanzen.

Bon Dr. N. Schloyer.
400 Seiten in Wort und Bild. — Preis 4 M.

Giftpflanzen. Heilpflanzen. Nährpflanzen.

Bilder aus der heimischen Pflanzenwelt, mit erläuterndem Text.
Bon Dr. A. Schwarz.

Band I: Giftpflanzen Preis 1 Mark.
" II: Heilpflanzen " 1 "
" III: Nährpflanzen " 1 "

Kühns botanischer Taschen-Bilderbogen.

Mit erläuterndem Text und ca. 100 farbigen Abbildungen der verbreitetsten und bemerkenswerteren Gewächse Mitteleuropas.
— In vier Heften, a Heft 60 Hg.

Kühns zoologischer Taschen-Bilderbogen.

In zwei Heften, a 60 Hg.
Jedes Heft enthält ca. 150 Abbildungen der bekanntesten Schmetterlingsarten, Käulen und Puppen in naturgetreuer, farbiger Wiedergabe.

Der kleine Insektensammler.

Mit erläuterndem Text und Farbendruck-Tafeln.
Preis 1 Mark.

Zu beziehen durch die **Folksbuchhandlung, Harz 42/43.**

Rübensaft	1 Bfd. 18 Hg.
Kandis- und Stärke-Syrup	1 Bfd. 18 Hg.
Selbstgek. Pflaumenmus	1 Bfd. 30 Hg.
Gemischte Marmelade	1 Bfd. 40 Hg.
Rhein. Apfelkraut	1 Bfd. 60 Hg.

A. Zrautwein, Gr. Ulrichstr. 31.
Mitglied d. Rabatt-Spartvereins.

Extra billiger

!!! Verkauf !!!

Blaudruck 37 Hg.
Meter 55 53 50 48 45

Barchent-Hemden 25 für Männer von 1 an

Arbeiter-Hosen.
Kindermäntel von 6 an
extraweit von 6 an

M. Gotthell
Gr. Klausstrasse 9.

Millionen Radfahrer

Die Güte und Preiswürdigkeit des Deutschland-Rades der bewährtesten deutschen Marke!

Preisliste-reichhaltige der Branche, auch über Radfahrer Bedarfs u. Sportartikel, Nähmaschinen, Uhren, Musikinstrumente, Kolben!

AUGUST STUKENBROK, EINDECK
Königs- u. größtes Fahrradhaus Deutschlands.

Photographie Benckert.

Gegründet 1856. 29 Gr. Ulrichstr. 29. Gegründet 1856.

Preise für Glanzbilder: Preise für Matbilder:

12 Bild	3.- Mark.	12 Bild	4.50 Mark.
12 Cabinet	6.- Mark.	12 Cabinet	8.- Mark.
12 Bittaria	4.25 Mark.	12 Bittaria	5.75 Mark.

in bekannter tabellarischer Ausführung und Haltbarkeit.

An- und Verkäufe Leiterwagen

von Nr. 2,25 bis Nr. 25,00 mit starken Rädern und Buchen, kauft man am besten bei

M. Bär, Gr. Ulrichstr. 54.

Achtung! Fleisch-Offerten Achtung!

Kühns Wurstfabrik, Oleariusstr. 13, am Buttermarkt.

Verkaufe bis auf Weiteres:

ff. Rindfleisch zum Kochen	a Bfd. 55 u. 60 Hg.
ff. Rindfleisch zum Braten, ohne Knochen	" 50 Hg.
ff. Hammelfleisch a Bfd.	70 Hg., Reute " 70 Hg.
Prima Fleischwurst und Gehacktes	" 60 Hg.
Prima Met-Becker u. Schwarzwurst	" 60 Hg.
Prima Schmalzwurst, Salami u. gefüllte Schinken	" 100 Hg.

Sofsten und Absätze auf Wunsch in 1 Stunde.
Gleichzeitig meiner weiten Kundenliste, Nachbarn und Bekannten zur Nachricht, daß ich von heute an, eine **Pantoffel-Handlung** eröffne und halte mich bei reellster und billiger Bedienung besonders empfohlen. Achtungsdoll.

J. Nolden, Schuhsohlerei u. Pantoffelhandlung.
Grosse Brunnenstrasse 25.

Die Neue Zeit.

Wochenschrift der deutsch. Sozialdemokratie.

Es sollte niemand versäumen, auf **Die Neue Zeit** zu abonnieren.

Vierteljahrs-Abonnement 3.25 M. Einzel-Nummer 25 Pf.

Bestellungen nehmen entgegen alle Austräger und

Volks-Buchhandlung, Harz 42/43.

Beliebt

bei Allen ist die allein echte: **Steckenpfeiler-Lilienmilch-Soße** von Bergmann & Co., Radoboul, denn diese erzeugt ein zartes, reines Geschicht, weisses jugendl. Aussehen, reiche, sammetweiche Haut u. schönen Teint. a. Et 50 Hg.

Helmhold & Co., Leipzigerstr. 104.
Germania-Drog., Gr. Ulrichstr. 51.
Ernst Jentzsch, Leipzigerstr. 31.
Carl Krätzen, Königsstr. 24.
G. Osswald Nachf., Weichstr. 34.
P. A. Patz, Gr. Ulrichstr. 6.
E. Richter, Leipzigerstr. 66.
Schwaben-Drog., Gde. Poststr., Willy Weise, Lindenstr. 55.
W. Willichstein: Felix Stoll.

Stadtsammlige Nachrichten.

Galle-Süd, Steinweg 2, 20. April.
Schichtleistungen: Dachdecker Hesse u. Schöner Wirt (Gumbelbergstr. 11) und Buchdrucker (2), Kollei-Sergeant (Fotobildstr. 31) und Ida Deumer (Fotobildstr. 19), Steinlecher Dähne und Anna Schulte (Mendenhof und Schöner Wirt (Fotobildstr. 12), Kerndorfer Strauß (Lortz. 21), Rangierer Lehmann (Medelstr. 8), Arbeiter Kimpel (Vollhegerweg 61), Schichtführer Wetzl (Fotobildstr. 42), Schichtführer Johne (Fotobildstr. 10), **Verstorben:** Arbeiter's Witze (2. W. Ritterstr. 2), Zimmermanns Barth (2. W. (St. Ulrichstr. 26), Breitwiesens (Seine, Weistraße 14), Anna, geb. Witz, aus Großhof, 44 J. (König, Selma Canad geb. Wötcher, 50 J. (Weisenstr. 10), Witwe Rosine Salzman geb. Belsch, 86 J. (Mendenhofstr. 2), Witwe Marie Denhardt, 57 J. (Gr. Brunnenstr. 30), Ober-telegraphenassistentin a. D. Brind, 72 J. (Wolffstr. 18), Wildbauer u. Stufteur Rudolph, 85 Jahre (Steinweg 10), Tischlermeister Wappel, 46 J. (Königsstr. 38), Aufseher W. (Lortzstr. 26), 38 J. (Steinweg 68).

Galle-Nord (Gr. Brunnenstr. 34).
Aufgehoben: Dr. phil. Wötcher und Clara Seif (Furtwänglerstr. 80).
Schöner: Schloffer Hermann (Königsstr. 2), Schreiber Wenz (Weichstr. 17), Zimmermann Kolbitz (Georgstr. 1), Arbeiter Berges (Berlinerstr. 32), Schiffer Siedle (Königsstr. 19), Schloffer Heinrich (Lortzstr. 3), Arb. Jany (Gr. Oleariusstr. 1), Schuhmacher Wenz (Eichenbockstr. 28), Schirmmacher Wöhrle (Gr. Brunnenstr. 19), Gehacktes (Gr. Brunnenstr. 34).

Schöner: Wälfert's Standbmeister (2. W. (Königsstr. 1), Arbeiter Schatz, 26 J. (Königsstr. 19), Kellnerin Dörge, 53 J. (Breitwieserstr. 17), Wauerer Wöhrle, 25 J. (Steinwegstr. 3), Drehschloßmacher Dögel, 78 J. (St. Wälfertstr. 56).

Kartoffeln

officiere:

Beste Thüringer magnum bonum, gut lockende Op to dato, sowie andere Sorten. Donnerstag trifft ein Wagen unsortierte **Prima** **Wasserkartoffeln** an, welche ich zu billigen Preisen als **Speise-** **Saat- und Futterware** empfehle

Fr. Probst, Alter Mar. 6
Lumpen, Anoden, Papier, Eisen
Alberth Bode, Jun., Gr. Klausstr. 22.

Wahlvereinigungen empfiehlt **Volksbuchhandl., Harz 42/43.**

Arbeitsmarkt

Wer Stellung sucht bringe die „Deutsche Vorkanzelpost“ Esslingen 156.

Soldat Arbeiter oder Kaufmann

mit 3-5000 Mark als Kompanion für mein gutgehendes Gummiwaren-Fabrikations- u. Exportgeschäft gesucht. Güter Verdienst ausreichend. Off. unt. O. K. 100 Postamt Vindobonae, Schickfach 57 erbeten.

Verschiedenes

Achtung, Zeit!
Arbeiter-Sänger.
Alle fangeschlügigen Herren, welche gelonnen sind, sich einem **Arbeiter-Sängerverein** anzuschließen, werden gebeten, Freitag abends 7 1/2 Uhr zur Gründung des Vereins in **Diana-Saal** zu erscheinen.

Mehrere Arbeiter-Sänger.
Neben Donnerstag **Chorleiter**
F. Haas,
5. Vereinsstr. 13. Cel. 1066.

Zeit. Freitag: **Schloffer**
H. Richter, Schöner Wirt.

Verhand d. Fabrikarbeiter.

Y a a r u f.

Seute früh hat's nach kurzen Krankenlager unter Kollegen, der Fabrikarbeiter

Paul Schaaf

im Alter von 26 Jahren.
Eure feinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag abends 7 1/2 Uhr auf dem Krotzher Friedhof statt.

Der Vorstand